

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1924

253 (27.6.1924) Morgenausgabe

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Anzeigenberechnung: für die neugespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 25 Goldpfennig, auswärts 30 Goldpfennig, Reklamezeile 80 Goldpfennig, an erster Stelle 90 Goldpfennig, Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12 Goldpfennig, Rabatt nach Tarif, Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Karlsruhe, Ritterstraße 1, Fernsprechanlagen: Geschäftsstelle Nr. 13, Verlag Nr. 21 und 297, Schriftleitung Nr. 20, Haupt-Schriftleiter Nr. 19, Postfachkonto Nr. 9547 Karlsruhe.

Chefredakt. S. v. Laer, Verantwortl. f. Politik: Frh. Ehrhard; für den Nachrichten: Hans Wolf; für Wirtschaft, Statist., Baden: Geinr. Gerhardt; für Feuilleton: S. Weid; für „Pyramide“: Karl Joch; für Inserate: S. Schriever, sämtl. in Karlsruhe, Druck u. Verlag C. F. Müller, Karlsruhe, Ritterstr. 1, Berliner Redaktion: Dr. Alth, Jäger, Berlin-Lantw. Moosstr. 37, Telefon: Zentrum 423. Für unvollständige Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Sprechstunde der Redaktion: 11-12 Uhr.

Unterhaltungsbeilage / Der Lesekreis / Literaturbeilage / Technik / Für die Frauen / Wandern u. Reisen / Turn- u. Sportzeitung / Ratgeber für Landwirtschaft u. Tierzucht

Herriot vor Kammer und Senat.

Vertrauensvotum im Senat.

(Von unserem Pariser Vertreter.)

Paris, 26. Juni. (Eig. Drahtb.) Der Senat hat heute dem Ministerpräsidenten Herriot nach Verlesung einer schriftlichen Erklärung über die auswärtige Politik und seine Reise nach London und Brüssel mit 397 gegen 97 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Der größte Teil der Rechte hat sich der Stimme enthalten. Am Nachmittag hielt Herriot auch in der Kammer eine Rede über die auswärtige Politik, in der er von der formellen Mitteilung der Vereinigten Staaten sprach, wonach diese sich durch einen offiziellen Beobachter auf der bevorstehenden Londoner Konferenz vertreten lassen werden.

Paris, 26. Juni. (10 Uhr.) Die Opposition der neuen Regierung hatte sich nicht mit Unrecht gerührt, heute mit geschickter Taktik im Senat wie in der Kammer zu arbeiten, um Herriot möglichst große Schwierigkeiten zu bereiten und um ihn zu zwingen, über seine Unterhaltungen mit Mac Donald und Thurnis Aufschlüsse zu geben, die ihm nach Ansicht der Opposition verhängnisvoll werden sollten, weil er angeblich in mancher Hinsicht die Interessen Frankreichs denen der Verbündeten geopfert habe.

Im Palais Luxemburg war es der Senator Dubert und in der Kammer der Abgeordnete Llop, die durch „Anfragen“ Herriot zwingen wollten, aus seiner Reise herauszugehen und eine ausführliche Darlegung über das Ergebnis seiner Reise nach London und Brüssel zu geben. Man muß zugeben, daß das Vorgehen der Opposition recht geschickt war. Noch geschickter war die äußere Form dieser Angriffe. Sie wurden in beiden Häusern in die verbindlichsten Formen gekleidet und beide Antraggeber betonten, sie hätten durchaus nicht die Absicht, in die schwebenden Verhandlungen einzugreifen, oder Herriot Schwierigkeiten zu bereiten, aber das Interesse des Landes verlange doch gewisse nähere Präzisierung. Diese Rede der Senator Dubert in zehn, zum Teil höchst verhängliche Fragen, die auf Grund aller Presseveröffentlichungen über die Verhandlung in Chequers und Brüssel zusammengestellt waren. Herriot erwies sich aber als noch viel geschickter. Er gab in beiden Häusern eine gleichlautende schriftliche Erklärung ab, in der er auf einzelne Fragen die Antwort schuldig blieb, aber das um so mehr hervorhob, was selbst der schärfsten Opposition der Rechten nur angenehm in den Ohren klingen konnte. So vor allem die drei Feststellungen:

1. Mac Donald hat die Zusicherung gegeben, daß wenn Deutschland sich seinen Verpflichtungen aus dem Sachverständigengutachten entsagen wolle, die Einheitsfront der Alliierten genau wie im Krieg wiederhergestellt werden sollte.

2. Damit Europa im Frieden leben kann, muß Deutschland entwaffnet werden. Leere Versprechungen oder papierene Erklärungen genügen uns nicht und

3. Deutschlands Eintritt in den Völkerbund hängt von uns selbst ab. Wenn es loyal ist, so lassen wir es im Frieden, ist es nicht loyal, so soll es sich hüten.

Herriots Erklärungen wurden im Senat wie in der Kammer mit lebhaftem Beifall seiner Freunde aufgenommen. Die Rechte war namentlich in der Kammer glänzend abgeführt. Sie schwenkte sich aus und Alois mußte sich schließlich zu der Erklärung beugen: „Gewiß hat Herriot die Antwort auf verschiedene Fragen vermieden, aber im Ganzen beanjagt er sich mit seinen Erklärungen.“

Indes ist die Angelegenheit noch nicht erledigt, denn Herriot wird sowohl in der Kommission beider Häuser, wie auch im Plenum selbst noch einmal auf seine Versprechungen mit den alliierten Ministerpräsidenten zurüdkommen müssen. Im Senat wie auch in der Kammer wurden zwei Tage bereits heute festgelegt, an denen ausführliche Interpellationen über die auswärtige Politik besprochen werden sollen. Ein kommunikativer Versuch, diese Debatte schon heute in der Kammer anzuschneiden, ist nun fehl, derselbe wurde mit 397 gegen 27 Stimmen abgelehnt.

Der Reichszanster reißt nach Paris?

Paris, 26. Juni. Eine vom „Clair“ abgedruckte Agenturmeldung besagt, der Reichszanster habe die Absicht, sich am 8. Juli nach Paris zu begeben, um die schwebenden politischen Besprechungen zu beschleunigen.

Rückkehr von 60 000 Ausgewiesenen?

Koblenz, 26. Juni. (Eig. Drahtb.) Savas meldet: Auf Vorschlag des französischen Oberkommissars habe die Rheinlandkommission in einer Sitzung vom 25. d. M. beschlossen, die Ausweisungsbefehle, welche sie getroffen hat, zu annullieren, 7460 Personen der französischen Zone mit Familienangehörigen ungefähr 30 000 Personen hätten die Berechtigung, in das besetzte Gebiet zurückzukehren. Eine Liste der Personen, denen diese Maßnahme zugute komme, werde unverzüglich an die verschiedenen Delegierten der Oberkommission gefandt werden und zur Kenntnis der deutschen Behörden kommen. Diese Liste bildet die Fortsetzung der bereits vorher getroffenen Maßnahme (?), welche sich auf 7400, bzw. mit Familienangehörigen 30 000 Personen bezog, d. h. insgesamt 60 000 Personen (?) bis heute.

Ähnliche Maßnahmen seien auf Vorschlag des belgischen Oberkommissars für die belgische Zone getroffen worden. Neue Annullierungen von Ausweisungen seien in Vorbereitung und würden binnen kurzem beschlossen werden, nachdem die einzelnen Fälle einer Prüfung unterzogen worden seien.

Die abgelehnten Micum-Verhandlungen.

(Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedruckt.)

Die Ablehnung der deutschen Vorschläge in der Frage der Micum-Verträge erregt heute das allgemeine Interesse und es ist kein Zweifel, daß die französische Antwort in allen Lagern große Erregung auslöst. Dies kommt in der reichsweitverbreiteten Presse ganz allgemein zum Ausdruck, auch in den Blättern, die gestern noch auf eine unmittelbar bevorstehende Entspannung der Lage schweben wollten. In mehr oder weniger traffer Form wird gegen die französische Regierung der Vorwurf erhoben, daß sie bewußt eine Sabotierung der deutschen Wünsche betreibt. Dieser Eindruck verstärkt sich durch einen kurzen Ueberblick über die jüngste Entwicklung. Vor dem 15. Juni, dem Datum, an dem die Micum-Verträge auf kurze Zeit bis zum 1. Juli verlängert wurden, war von der Reichsregierung in Paris und Brüssel vorgeschlagen worden, daß nicht die Sechskommission und die Micum miteinander verhandeln, sondern Besprechungen von Regierung zu Regierung stattfinden sollten. Damals ist aus Paris erwidert worden, daß Frankreich im Augenblick keine aktionsfähige Regierung besitze und daß daher die vorgeschlagenen Besprechungen zwischen den Kabinetten vertagt werden müßten. Lediglich dieser Gesichtspunkt war aber der Grund für die kurzfristige Verlängerung des Abkommens. Bei den diplomatischen Unterhandlungen in Paris über die Frage der Micum-Verträge hatte sich durchaus die Möglichkeit einer Verständigung angebahnt.

Als das Kabinett Herriot die Regierung übernahm, wurde erklärt, daß der Ministerpräsident erst seine Reise nach Chequers durchführen müsse. Obgleich nun diese Reise vorüber ist, hat die französische Regierung direkte Verhandlungen mit Berlin abgelehnt. Ein solcher Schritt läßt schwere Enttäuschung hervorrufen. Die deutsche Regierung hat mit ihrem Vorschlag den Beweis ihres guten Willens zur Übernahme der Reparationslasten gegeben. Sie hatte die Absicht auch die 200 Millionen, die sich als Ueberfluß aus der Endgestaltung der Reichsbahnen auf Grund des Dawesgutachtens ergeben hätten, zur Finanzierung der Sachleistungen heranzuziehen. Bei der Gegenseite muß man nun leider denselben guten Willen vermissen. Wie sich die Lage weiter entwickeln wird, wird von den Besprechungen abhängen, die morgen zwischen der Micum und den deutschen Industriellen beginnen werden. Besonders betont auch die „Zeit“, das Organ des Reichsaußenministers Dr. Sirejemma, den schlechten Eindruck,

den die Erklärung der französischen Regierung gemacht hat, und erklärt, es sei geradezu unverkennbar, daß Frankreich an einer Methode festhalte, die sich im gegenwärtigen Augenblick durch nichts mehr rechtfertigen lasse.

Amerikas Teilnahme an der Konferenz.

Paris, 26. Juni. (W.) Nach einer Meldung aus Washington veröffentlicht das Weiße Haus eine Erklärung, wonach der amerikanische Botschafter in London, Gelllogg, an der Londoner Konferenz vom 16. Juli teilnehmen werde und zwar in den Interessen der Vereinigten Staaten betr. Fragen und im übrigen, um Informationen zu übermitteln. Oberst Logan, der offizielle Vertreter der Vereinigten Staaten in der Reparationskommission, werde ihm beigegeben werden.

Wie der „New York Herald“ aus New York berichtet, hat der ehemalige amerikanische Vertreter im Sachverständigenausschuß, Owen Young, im Resolutionsausschuß des Demokratischen Wahlkonvents gestern eine Entschließung eingebracht, in der mit Entschiedenheit der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Völkerbund mit gewissen Vorbehalten verlangt und erklärt wird, die Demokratische Partei wünsche eine zusammenhängende Außenpolitik, die nicht bei jeder neuen Regierung sich wandle. Der Eintritt Amerikas in den Völkerbund wäre nach der Resolution Youngs hierzu nicht ausreichend. Der Resolutionsausschuß hat vorläufig eine Entschließung angenommen, die die amerikanische Politik der offiziellen Beobachter im Auslande als einer großen Nation unwürdig bezeichnet und erklärt, die Fortschritte im Sinne einer Regelung der europäischen Frage, die in den letzten vier Jahren gemacht wurden, seien mehr gegen die Vereinigten Staaten als mit ihrer Hilfe vollzogen worden.

Amerikas Schadenersatzansprüche an Deutschland.

Washington, 26. Juni. „United Press“ meldet: Die Vereinigten Staaten stellen insgesamt 1500 amerikanische Schadenersatzansprüche, die im Zusammenhang mit dem Unerseebodenkrieg eingebracht wurden. Diese 1500 Ansprüche würden wahrscheinlich alle angenommen werden. Die Schadenersatzansprüche belaufen sich auf insgesamt 60 Millionen Dollar. Nach dem geplanten Abkommen, das 80 Prozent an Anträgen von Versicherungen umfaßt, wird Deutschland 30 Millionen Dollar zu zahlen haben mit Abzug von 17 Prozent, welche die aus Wüstenversicherungen an Schiffen erwachsenen Schadenersatzansprüche ausmachen. Deutschland wird bekanntlich für Schäden, denen diese Ursachen zugrunde liegen, nicht für verantwortlich gehalten.

Erneute Regierungskrise in Bayern

München, 27. Juni. Ueberraschenderweise ist die scheinbar bereits beigelegte bayerische Regierungskrise gestern schroffer als je wieder aufgelebt. Gestern früh hat nämlich der „Bayerische Kurier“ einen scharfen Vorstoß gegen den deutschnationalen Justizminister Dr. Gurtner veröffentlicht und dessen Aufnahme in das neue Kabinett als einen Keim der Zerbrechung bezeichnet. Diese Stellungnahme wurde in der deutschnationalen Volkspartei als ein Affront empfunden und führte zur Veröffentlichung einer äußerst scharfen offiziellen Erklärung der „Deutschnationalen Korrespondenz“, worin gesagt wird, die Deutschnationalen haben an dem Zustandekommen einer neuen Koalition solange kein Interesse mehr, als diese unerhörten Duertreibereien nicht aus dem Wege geräumt seien.

Am gestrigen Nachmittag hörte man im Landtag, daß in den Kreisen der Deutschnationalen nur noch äußerst geringe Reueigung zum Eintritt in eine Koalition bestehe. In den Abendstunden wurde dann eine Erwiderung der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz herausgegeben, die mittel, daß der deutschnationalen Führer Dr. Hilpert in einem Ultimatum an Geheimrat Dr. Feld gefordert habe, daß die Bayerische Volkspartei bindende und undwiderlegliche Zusicherungen dafür abgebe, daß Versprechungen nach Art des Artikels des „Bayerischen Kuriers“ nicht mehr vorzukommen, ein Verlangen, das die Bayerische Volkspartei als eine Zustandemachung der bayerischen Regierungsbildung ansieht. Unter diesen Umständen ist also die bayerische Regierungskrise in scharfer Form erneuert und an eine Ministerpräsidentenwahl ist vorläufig nicht zu denken.

Deutscher Reichstag

Berlin, 26. Juni. Am Regierungstisch Arbeitsminister Dr. Brauns. — Präsident Dr. Balltraf eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 25 vor-mittags. Eine Beschwerde des kommunistischen Abg. Eckstein über eine an ihm vorgenommene körperliche Untersuchung anlässlich einer kommunistischen Tagung in Osnabrück wird dem Geschäftsausschuß überwiesen. Das deutsch-polnische Abkommen über die Rechte der Mitglieder und Beamten des gemeinschaftlichen Oberkomitees der oberschlesischen Eisenbahnen wird in allen drei Punkten angenommen.

Sozialpolitische Anträge.

Auf der Tagesordnung stehen 45 Anträge über sozialpolitische Fragen. Verbunden damit wird die sozialdemokratische Interpellation über die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit und ein Antrag der Nationalsozialisten auf Verlegung eines Gedenkmonuments für den deutschen Frontkämpfer diejenige Vorrechte im Staate einräumen soll, die sie sich mit ihrem Blute vor dem Feinde erstritten haben.

Abg. Weidt (Dnt.) richtet einen Appell an das Weltgewissen, den Notleidenden eines sterbenden Volkes zu hören. Der Redner dankt den warmherzigen Menschen, die die Volksspeisungen ermöglicht und dadurch Tausende vom Hungertode errettet haben. Die brüderliche Gesinnung sei niemals so stark gewesen wie jetzt in der Zeit der Not. Aufreizend wirkte die Schlemmerei und Rafferei gewisser Kreise. Die Einfuhr ausländischer Fertigwaren, namentlich von Genussmitteln, müsse eingeschränkt werden. Junge Burschen, mit ein paar Groschen unterstützt, solle man nicht in der Großstadt herumlungern lassen, sondern sie zur Dehlandkultivierung schicken. Redner fordert dann die schleunigste Erstellung von neuen Wohnungen und bekämpft dann die ununterbrochene 24stündige Sonntagsarbeit der Hüttenarbeiter. Das schlimmste für den Staat sei die Zerbrechung des Volkes durch den Klassenkampf. Wenn die Szenen, wie sie im Reichstag erst vor kurzer Zeit vorgekommen sind, nicht vermieden werden können, dann sind wir sittlich nicht berechtigt, unsere Aufgaben zu erfüllen. Wir bedürfen der sozialen Versöhnung.

Abg. Graßmann (Soz.) erkennt den sozialpolitischen Eifer des Vorredners an und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß er auch anhalten würde, wenn es sich um das Verhalten und die Verbesserung der Arbeitnehmer handeln würde. Die Maßnahmen wegen der Schlemmerei solle der Vorredner an seine Parteifreunde richten. (Widerstand rechts.) Fürst Bis marck hat einmal gesagt, daß es ohne die Sozialdemokratie und ohne die Furcht vor der Sozialdemokratie keine Sozialpolitik geben würde. (Lachen rechts.) Der Redner vertritt dann die Verhängung der Wirtschaftskrise und die Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Nicht nur die Folgen des Krieges seien schuld an der Wirtschaftskrise, die Inflation sei auch von gewissen Industriekapitalisten gefördert worden. Ueberall habe eine unsinnige Spekulation eingesetzt, auch mit dem französischen Franken. Der Redner verlangt ein Eingreifen gegen die preisvertreibenden Kartelle. Wir brauchen eine ausländische Goldanleihe. Wir müssen uns das Vertrauen des Auslandes durch Annahme des Sachverständigengutachtens erwerben.

Die Abstimmung über die Beamtenanträge.

Gegen 11 Uhr werden die Verhandlungen unterbrochen. Es wird die Abstimmung über die Anträge zu den Beamtenanträgen vorgenommen. Bekanntlich schlägt der Haushaltsausschuß vor, die von der Regierung in Aussicht genommene Summe von 7 1/2 Millionen Mark zur Erhöhung der Beamtengehälter in Gruppe 1-6 zu verwenden; ferner sollen noch allgemein für alle Beamtengruppen Erhöhungen der Frauen- und Kinderzulagen erfolgen. Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Ermächtigung zur Abänderung des Besoldungsgeleges wird an den Haushaltsausschuß zurückverwiesen. Der kommunistische Antrag, der die Beamtengruppen 1-7 und die Gruppen über 13 befassen will, wird gegen die Antragsteller abgelehnt. Ein Antrag v. Graefe (Nz.), die Erhöhung der Grundgehälter auch auf die Gruppen 7 und 8 auszu-dehnen, wird gegen die Antragsteller abgelehnt. Abgelehnt wird ferner der kommunistische Antrag gegen die Stimmen der Antragsteller, statt 7 1/2 Millionen 800 Millionen für Erhöhungen der Beamtenebezüge auszuwerfen.

Darauf werden die Anträge des Haushaltsausschusses mit großer Mehrheit gegen die Kommunisten angenommen. Durch diese Abstimmungen sind sämtliche anderen Besoldungsanträge erledigt. Die Anträge zum Personalabbau werden dem Abbauschausschuß überwiesen. Damit sind die Abstimmungen erledigt.

Angenommen wird noch ein sozialdemokratischer Antrag, die weitere Durchfüh-

Gebäudefondersteuer.

Der Haushaltsausschuß hat am Dienstag nachm. und Donnerstag vorm. das Gebäudefondersteuergesetz nun endlich erledigt. Nachdem es in den ersten Dutzend Sitzungen, die sich über Wochen hinausgezogen, nicht möglich gewesen war, bei der Beratung über die ersten 3 Paragraphen hinauszukommen, gelang es nunmehr in zwei Sitzungen, den gesamten Entwurf mit folgendem Ergebnis zu verabschieden.

In § 1 sind auf Antrag der Deutschen Volkspartei die Worte „für die Rechnungsjahre 1924 und 25“ durch „vom 1. Juli 1924“ ersetzt worden. Zu dieser Änderung wurde von volksparteilicher Seite ausgeführt: Die Geltungsdauer des Gesetzes sei durch die dritte Steuernotverordnung abhängig gemacht von dem Bestehen einer gesetzlichen Miete und müßte spätestens mit dem 31. März 1926 zu Ende sein. Mit dem Wegfall einer dieser Bestimmungen müsse auch automatisch die Gebäudefondersteuer fallen. Demgegenüber wurde vom Arbeitsminister die Einführung der Steuer auf unbestimmte Zeit verlangt. Von anderer Seite fand diese Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes Unterstützung.

Ein Antrag Kläber, die Freigrenze auf 4500 Mark hinaufzusetzen, was auch der Nachtrag des Staatsministeriums zum Regierungsentwurf verlangte, wurde angenommen. Von volksparteilicher Seite war ferner beantragt, die Eigenwohnung des Hausbesizers, alle Gebäude, deren Eigentümer oder Bewohner weniger als 30 M vierteljährlich Einkommensteuer leisten, sowie Gebäude, die gewerblichen Zwecken dienen, freizulassen. Die Befreiung der Eigenwohnung, die auch der Landbund beantragt hatte, wurde gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei, des Landbundes und der Wirtschaftlichen Vereinigung abgelehnt, ebenso die der gewerblichen Räume, gegen dieselben Stimmen bei Enthaltung der Deutschnationalen und eines Vertreters des Zentrums.

Der vom Landbund und Zentrumsseite gestellte Antrag, die landwirtschaftlichen Gebäude der Freigrenze, wurde mit acht (Sozialdem., ein Teil des Zentrums) gegen fünf (Landbund, Deutschnationale, ein Teil des Zentrums) bei sechs Enthaltungen (Zentrum, Deutsche Volkspartei) abgelehnt. Von volksparteilicher Seite wurde die Stimmenthaltung damit begründet, daß diese Frage durch die früheren Abstimmungen bereits erledigt sei.

Der Antrag der Deutschen Volkspartei, Eigentümer und Mieter mit weniger als 30 M vierteljährlicher Einkommensteuer freizulassen, wurde gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und eines Zentrumsstimme abgelehnt.

Die von der Regierung vorgeschlagene Depression der Gebäudefondersteuer unter 15 000 M wurde angenommen.

Von Zentrumsseite wurde die Gesamthaltung von Vermietern und Mietern für die Steuer angezweifelt. Der Vorschlag wurde wegen Undurchführbarkeit fallen gelassen.

Die monatliche Steuer wurde auf 8 M mit Wirkung vom 1. Juli, zum ersten Male fällig am 5. August mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen die der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und des Landbundes festgelegt. Ein volksparteilicher Antrag, die Steuer für zwei Monate zusammen, zum ersten Male fällig am 7. September zu erheben, wurde gegen die Stimmen des Landbundes, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen abgelehnt. Durch diesen Antrag sollte eine Verringerung der Zahl der Steuertermine erreicht werden.

Von deutschvolksparteilicher Seite wurde beantragt, eine Verringerung der Steuer im Falle einer Aufwertung der Belastung über 15 Prozent in voller Höhe der Aufwertung dann eintreten zu lassen, wenn die Aufwertung vor Inkrafttreten der dritten Steuernotverordnung beschlossen worden ist. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und des Landbundes bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen abgelehnt.

Von deutschvolksparteilicher Seite war ferner beantragt, die Gebäudefondersteuer ist auf Antrag zu erlassen, wenn und insoweit sie 20 Prozent der Friedensmiete übersteigt; die Gebäudefondersteuer ist auf Antrag zu erlassen, wenn die Belastung des Gebäudes vor dem 1. Juli 1918 oder später mit dem vollen Goldwert zurückbezahlt worden ist, ferner bei Gebäuden, die niemals oder im Falle eines Besitzwechsels nur beim Verkäufer belastet waren. Zur Begründung wurde ausgeführt: Da die Steuer an den Steuerwert anknüpft, aber aus der Miete zu bezahlen ist, so laufen alle die Hausbesitzer, die ihre Häuser unter dem Steuerberechnung zugrunde gelegten Satz von 6 Prozent vermie-ten haben, Gefahr, einen Teil der Steuer aus eigener Tasche bezahlen zu müssen. Um für diese Fälle den Hausbesitzer vor diesem Verlust zu schützen, soll der Vermieter berechtigt sein, die Erlassung oder die Erstattung der Steuer zu beantragen, wenn und insoweit sie 20 Prozent der Friedensmiete übersteigt. Die Steuer soll Geldentwertungsgewinne treffen. Sie sei insoweit ungerechtfertigt in den Fällen, wo keine Inflationsgewinne gemacht worden seien. Dies sei aber in vier Fällen der Fall: 1. wenn das Gebäude niemals belastet gewesen ist, 2. wenn es im Falle eines Besitzwechsels nur beim Vorbesitzer belastet war, 3. wenn die Schuld vor dem 1. Juli 1918 zum Nennbetrag bzw. 4. später zum vollen Goldwert zurückbezahlt worden ist.

Hierzu führte der Arbeitsminister aus, wer seit 1914 ein Haus gekauft oder eine Hypothek zurückbezahlt hätte, sei dazu auf Grund außerordentlicher Gewinne in der Lage gewesen, außerdem hätte man in manchen Zeiten die Häuser zu 25 bis 30 Prozent ihres Goldwertes kaufen können.

Von volksparteilicher Seite wurde hierauf erwidert, es sei nicht richtig, daß für diese Zwecke nur neuermorbenes Vermögen verwendet werden sei, sondern viele Häuser seien mit dem Geld zurückbezahlt worden. Hypotheken sei gekauft und die Zurückzahlung der Hypotheken mit früheren Spargeldern erfolgt. Es sei richtig, daß man zu manchen Zeiten die Häuser unter dem Gold-

wert hat kaufen können, aber dann seien sie bezahlt worden mit einem Geld, dessen Kaufkraft weit über der Weltmarktlage gestanden hat, und diese Objekte seien auch heute noch wesentlich entwertet.

Eine Abstimmung über diese Anträge unterblieb, da gegen eine Minderheit beschlossen wurde, sie zu einer Resolution zu verarbeiten.

Das gleiche geschah mit einem Antrag Marum und Gen., die Steuer zu erlassen für Wohnungen, in denen bedürftige Schwerkriegsbeschädigte, unterstützungsberechtigte Kriegshinterbliebene, Sozialrentner und unterstützungsbedürftige Kleinrentner oder Arbeitslose wohnen, ein Antrag Dr. Baumgartner und Gen., die Steuer Schwerkriegsbeschädigten oder Steuerpflichtigen mit weniger als tausend Mark Jahreseinkommen zu erlassen.

Eine Steuererleichterung tritt bei Gebäuden, die im Frieden überhaupt nicht oder nur bis zu 20 Prozent belastet waren dann ein, wenn die Gebäudefondersteuer 1,2 vom Hundert des Steuerwertes ausmacht.

Ein Antrag von Au forderte Erlassung der Steuer, wenn der Hausbesitzer vom Mieter keinen Ertrag erhalten kann. Von verschiedener Seite wurde hierzu darauf aufmerksam gemacht, daß dies der beste Weg zur Steuerabgabe sei. Ein abgeänderter Antrag von Au, die Ermäßigung nur nach einem ergebnislosen Versuch der Zwangsvollstreckung eintreten zu lassen, wurde gegen die Stimmen der Rechten bei zwei Enthaltungen (Zentrum und Demokraten) abgelehnt.

Das Verlangen der Gemeinden, ihren Anteil von drei Fünftel auf vier Fünftel zu erhöhen, wurde abgelehnt.

Die neuen Vorschläge der Regierung, den für den Wohnungsbau zu verwendenden Anteil beim Land auf 25, bei den Wohnungsverbänden auf 50 Prozent zu erhöhen, wurden angenommen.

Ein Antrag der Sozialdemokratie, 80 Prozent für den Kleinwohnungsbau zu verwenden, wurde abgelehnt. Ebenso wurde ein Antrag der Deutschen Volkspartei, diese Beträge der Neubautätigkeit allgemein und nicht nur dem Kleinwohnungsbau zuzuführen, gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und des Landbundes abgelehnt.

Ein Antrag von Au verlangte, 25 Prozent der Steuer zu Darlehen zu billigem Zinsfuß für größere Instandsetzungsarbeiten zu verwenden. Auch dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und des Landbundes abgelehnt.

Ein Antrag der Deutschen Volkspartei, die Erhöhung der Steuer mit dem in der dritten Steuernotverordnung angegebenen Zeitpunkt, 31. März 1926, automatisch endigen zu lassen, wurde abgelehnt.

Der Gegenentwurf wurde dann in der Schlussabstimmung mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen die der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und des Landbundes angenommen. Ferner wurde gegen die Stimmen der Opposition beschlossen, von der Frist für die zweite Lesung abzusehen.

Zur Frage der Mietpreisbildung lag eine Entschließung der Deutschen Volkspartei vor mit folgendem Inhalt:

„Wohnungen mit mehr als 2000 M Jahresfriedensmiete sind von der Zwangswirtschaft zu befreien. Der dem Hauseigentümer zufallende Teil der Miete soll im übrigen am 1. Juli 1924 50 Prozent der Friedensmiete betragen und mit jeder Erhöhung der Gebäudefondersteuer steigen. Diese Entschließung wurde gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei, des Landbundes und der Wirtschaftlichen Vereinigung von der Sozialdemokratie, der Demokratie und einem Teil des Zentrums abgelehnt. Das gleiche Schicksal erfuhr ein Antrag von Au, der Landtag möge die Regierung eruchen, bis zur endgültigen Stellungnahme des Landtages im Laufe der Sitzungsperiode zur Frage der Mietpreisbildung die Miete in der gleichen Weise wie in Württemberg zu bilden.“

Die von der Regierung vorgeschlagene Änderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes, die Gebäude einheitlich mit 47 M von 100 M Steuerwert und das steuerbare Grund- und Betriebsvermögen nach einem Staffeltarif zu besteuern, wurde gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen und eine demokratische Stimme bei Enthaltung des Landbundes angenommen.

Dieser Beschluß des Staatsministeriums wurde vom Finanzminister damit begründet, die Regierung solle dadurch gebunden werden, eine Progression einzuführen. Diese Staffelung der Steuerfuge solle aber nur für die Rechnungsjahre 1924 gelten, da für 1925 die Umstellung der Grund- und Gewerbesteuer auf Wert und Ertrag beabsichtigt sei. Von volksparteilicher Seite wurde hierzu bemerkt, wenn man nur die Einführung einer Progression sicherstellen wolle, dann müsse man das Verhältnis der Steuerfuge für die einzelnen Steuerwerte in Prozentverhältnissen zueinander feststellen. Die Festlegung der Staffelung in Prozenten könne nur im Finanzgesetz und erst nach Beendigung der Etatberatungen erfolgen. Der für die Grund- und Gewerbesteuer festzusetzende Steuerfuß hänge von dem Defizit des Etats ab. Der Vorschlag der Regierung enthält praktisch eine Vornachbewilligung des wichtigsten Teiles des Finanzgesetzes. Deshalb müßte dieser Vorschlag der Regierung abgelehnt werden.

Der Haushaltsausschuß beschloß, am Nachmittag mit der Beratung des Voranschlags weiterzufahren und zwar zunächst mit Hauptabteilung I Landtag. Danach soll der Vizepräsident des Reichsministeriums beraten werden.

Von sozialdemokratischer Seite wurde vorgeschlagen, die Aufhebung des Arbeitsministeriums nicht mit der Beratung des Arbeitsministeriums, sondern mit der des Staatsministeriums zu verbinden. Von volksparteilicher Seite wurde dem widersprochen. Der Ausschluß schloß sich gegen die Stimmen der Rechtsopposition dem sozialdemokratischen Vorschlag an. Die wichtigste Reform in Baden wird auf diese Weise wieder einmal verschoben, sicher nicht aus sachlichen Gründen.

Zu vermieten: Laden mit Zimmer, Wohnungsaufsch, Wohnungs-Zwisch-Zentrale, Zimmer

Miet-Ansuche: Bester Herr, herbstlich, sucht gut möbliertes Zimmer, Offene Stellen, Kontoristin, Modistin

Saub. ehrl. Mädch., Besseres Mädchen, tücht. Mädchen, Männlich, Erstfl. Vertretung, Stellen-Ansuche

kleinen Laden: Suche ich per sofort oder 1. Oktober im Zentrum der Stadt.

Günstige Gelegenheit zur sicheren Existenz: Fabrikation und Vertrieb eines vornehm. rentablen Spezialartikels, an Einzelhändler, Schreibmaschinen Herr, Gut erh. Salettklavier, Ein Damenfahrrad, Kinderwagen

Lehrling: Intelligenter, ehrl. Junge, für Vertikaltischgeschäft, Stellen-Ansuche: Tücht. Wagenladener, Schriftl. Arbeiterin, V. Kante

Klagen Sie über schlechten Geschäftsgang dann inserieren Sie sofort in dem wöchentlich zwölfmal erscheinenden Karlsruher Tagblatt

Damenrad, Damen-Herrenrad, Kaufgesuche: Gut erh. Piano

Flammer Seife: ist und bleibt ein glänzendes Wäschesmittel für Hände und Haus, in jedem Hotel, Restaurant, Café usw. sollte das „Karlsruher Tagblatt“ die Badische Morgenzeitung aufliegen.

Zu gewaltig herabgesetzten Sonder-Preisen aus meinem Lager: 1. Oberhemden mit doppelter Brust und 2 Kragen Fabrikat Schorpp, Perkal-Hemd, Zefir-Hemd

Wirtschafts- und Handelsteil.

Berliner Börse.

Tendenz: Kauffe in heimischen Anleihen.

t. Berlin, 26. Juni. Die Aufwärtsbewegung am Markt der deutschen Anleihen machte heute weitere Fortschritte. Die Börse fand ganz unter dem Eindruck der starken Steigerungen für diese Papiere. Die Spekulation beherrschte vollständig dieses Gebiet, sodass die anderen Märkte vollständig ins Hintertreffen gerieten. Die Bewegung nahm zeitweise überhöhte Formen an. Richtigkeitsanleihen eröffneten vorbörslich mit 195.00 und schmolten bei ungewissen Umständen auf 200.00 ab. Der erste Kurs stellte sich auf 200.00 ein, darauf bis 200 zurück, befestigte sich aber später wieder auf 275.00. Schutzanleihen konnten ihren Kurs im Freiverkauf zeitweise verdoppeln. 4proz. Reichsanleihen gewannen 170.00 (800), 3 1/2proz. Reichsanleihen 175.00 (475), 3proz. do. 275.00 (1075). 4proz. Consols waren 100.00 höher (475). Im Anschluss an diese Bewegung waren Sparanleihen derart gefragt, dass die Kurse für diese Anleihen unverändert mit 76.50 notiert. Sparanleihen, besonders auf Roggen lautende, waren stark gefragt. Ausländische Anleihen ebenfalls angesetzt. Am Aktienmarkt waren Montanwerte still. Die Aufwärtstendenzen konnten sich auch später behaupten. Chemische Werte setzten sich fest. Kalkwerke erholt. Elektrowerte still. Maschinenwerte ruhiger. Von Metallaktien waren u. a. Stahlschmelzer höher. Schiffbauwerte vernachlässigt. Von Bahnanleihen waren Schantung I, sowie Kanada (14%) erholt. Bananleihen waren eine Kleinigkeit lebhafter, angeblich auf ausländische Käufe. Der Markt der unnotierten Werte eröffnete lebhafter. Im Verkauf wurde die Tendenz etwas fester, das Geschäft blieb jedoch still. Die Spekulation wandte ihr Interesse immer mehr dem Anleihenmarkt zu, sodass die anderen Märkte weiterhin vernachlässigt blieben. Am Petroleummarkt entwickelte sich in Deutschland Petroleum bei 1/2 ein größeres Geschäft. Salzwerte wenig verändert. Am Einheitsmarkt war die Geschäftstätigkeit wieder außerordentlich gering. Die Tendenz war ziemlich fest. In der Nachbörse setzte eine starke Steigerung von Reichsbankanteilen ein, die von 31% auf 37 stiegen. In Österreich wurde davon berichtet, dass die Anteile der Reichsbank in Aktien der neuen Goldnotenbank auf einem Kurs von 55 Prozent umgetauscht werden sollen. Zum Schluss wurde auch Kreditsanleihen in größerem Umfange umgesetzt. Nachdem der Kurs auf 155 heruntergegangen war, hörte man gegen 3 Uhr einen Kurs von 285-288. Auf den übrigen Marktgebieten waren die Kurse im allgemeinen behauptet.

Am Devisenmarkt waren die Anforderungen wenig verändert. Der Usancehandel war wieder sehr still. Der Franken lag fest. London gegen Paris eröffnete mit 82 und ging dann auf 81 1/2 zurück. Auch London war etwas erholt; gegen Arabid. 4.82 1/2-4.82 3/4. Die Mark war im Ausland fast unverändert, in London

18%. Für Tagesgeld nannte man unverändert 1/2 pro Mille.

Frankfurter Nachbörse.

t. Frankfurt a. M., 26. Juni. Im späteren Verlauf wurde das Geschäft ruhiger. Am Aktienmarkt haben sich die Kurse meist behauptet. Die Nachbörse blieb geschäftlos. Einiges Interesse bestand für Kreditsanleihen, die im Freiverkauf mit 200.00 genannt wurde. Auch für Reichsbankanteile trat nachbörslich im Freiverkauf Nachfrage hervor, wobei ein Kurs von 85 bis 90 M. Prozent genannt wurde.

Zahlungsmittel der Distrikte vom 26. Juni.

Devisen: Ankara 1.70-1.81, Bagdad 79.615 bis 81.635, Kanton 79.70-81.81, Nizza 79.94 bis 81.56, Rom 0.9575-0.9775, Romo 39.85-40.65, Rotterdam 77.75-81.75, Letland 78-82, Estland 0.915-0.965, Litauen 38.50-40.50. - Alles in Millionen Mark für 100 Einheiten.

Mannheimer Effektenbörse.

in Mannheim, 26. Juni. (Draht.) Im Einklang mit den auswärtigen Börsen zeigte auch die hiesige Börse eine ziemlich beständige Haltung bei sehr lebhaften Umsätzen. Es wurden notiert: Bad. Anilin 13.00, Gebr. Fabr. 4.75, Waggon 0.65, Ledderheimer Kupfer 6.25, R.E.H. 4.25, Pfalz. Mühlen 1.75, Freib. Bergw. 1.25 (rat.), Zellstoff Waldhof 8.50, Sinner Grünw. 4.75, Ludwigshafener Aktienbrauerei 4.2, Bad. Affektura 57.50, Frankfurter Allgemeine 60, Mannh. Ver. 53.

Mannheimer Produktenbörse.

in Mannheim, 26. Juni. (Draht.) In der heutigen Produktenbörse war die Tendenz auf behauptet. Man nannte Weizen, incl. mit 16.50 bis 17.25, ausl. 20-22, Roggen, incl. 15.50-16, ausl. 16.25, Gerste 16.75-17.75, Hafer 15.25 bis 16.25, Mais 16 Gm., alles per 100 Kilo, bahntreif Mannheim. Für Weizenmehl, Spezial Mühl, fordern die Mühlen 20, wogegen die zweite Hand auf 27.50 Gm. am Markte ist. Roggenmehl wird auf 22.25 bzw. 22.25 offeriert. Weizen- und Roggenkleie kosten 9.25-9.75 Gm., alles per 100 Kilo, bahntreif Mannheim.

Berliner Produktenbörse.

in Berlin, 26. Juni. Das Inlandsangebot für Getreide hat heute wesentlich nachgelassen, so dass sich hier eine leichte Preisbesserung durchsetzen konnte. Die feste Haltung kam besonders Roggen zugute, der für Mitteldeutschland und für Mühlen anderer Gegenden bei etwas höheren

Preisen verhandelt wurde. Interesse bestand auch für Ware aus neuer Ernte, die für Lieferungen in der zweiten Hälfte des Augusts oder ersten Hälfte des Septembers bereits mehrfach gehandelt worden ist. Weizen war bei kleinen Umsätzen etwas höher. In Roggenmehl ist der Absatz verhältnismäßig befriedigend, in Weizenmehl aber noch vollkommen fockend. Für Gerste, Hafer und Futterartikeln zeigt sich wenig Kaufneigung, nur vereinzelt etwas für spätere Lieferung.

Amliche Notierungen: (Preise in Goldmark für 10 Doppelcentner Getreide oder ein Doppelcentner Mehl.)

Märkischer Weizen 195-196, Tendenz etwas fester. Märkischer Roggen 117-126, Tendenz fester. Sommergerste 138-145, Wintergerste 127-135, Tendenz still. Weizenmehl 20 1/2-23, Tendenz still. Roggenmehl 17 1/2-20 1/2, Tendenz etwas fester. Weizenkleie 8. - Tendenz ruhig. Roggenkleie 8. - Tendenz ruhig. Raps 20, Tendenz ruhig. Weizen 260-280, Tendenz still. Victoriaerbsen 19-20, kleine Speiseerbsen 13-15, Futtererbsen 12-13, Weisbieten 10 bis 11, Ackerbohnen 13-14, Widen 11-12, blaue Lupinen 9-10, Seradella 13-14, Rapsrüben 8.60-8.70, Leinfäden 17-18, Trodenstängel 6. - bis 6.20, Kartoffelflocken 15.

Industrie / Handel / Verkehr.

Geldbewegung bei der Reichshauptkasse. Nach einer Uebersicht über die Geldbewegung bei der Reichshauptkasse vom 11. bis 20. Juni betrug die Summe der Einzahlungen 180 974 300 Goldmark, die der Auszahlungen 182 685 864 Goldmark, mithin der Zahlungsbetrag 1 661 746 Goldmark. Der Erlös aus der Begebung von Rentenmarktschuldscheinen betrug am 10. Juni 1924 auf 194 121 572 und am 20. Juni 1924 auf 287 488 218 Goldmark, mithin ist eine Zunahme vom 11. bis 20. Juni von 103 876 646 Goldmark zu verzeichnen.

Landwirtschaftskammer und Hypothekendarlehenbank. In der G. B. der Rheinischen Hypothekendarlehenbank, Mannheim, wurde vom Vorsitzenden mitgeteilt, daß in den letzten Tagen das Institut mit der Badischen Landwirtschaftskammer ein Abkommen zur Förderung der ländlichen Kredite abgeschlossen habe. Dieses Abkommen sieht sich eng an das Übereinkommen an, das von dem Institut im Jahre 1892 mit dem badischen Innenministerium zur Förderung des Kredites für die Landwirtschaft durch Errichtung einer landwirtschaftlichen Kreditanstalt bei der Rheinischen Hypothekendarlehenbank getroffen hat. Um diese Kreditanstalt zu fördern, habe die Landwirtschaftskammer ihre Organisation namentlich zur Verhängung genehmigt. Das sei vertraulich fegehalten worden. Nach Vereinbarung mit der Landwirtschaftskammer wurde Dr. h. c. Graf Douglas-Rangenstein auf Schloss Rangenstein bei Etzdorf neu gewählt.

Berlin-Karlsruher Industriewerke A.G. (vorm. Deutsche Waffen). Die Gesellschaft berichtet, daß 1923 infolge der Geldentwertung der für die Produkte aufzubringende Erlös bei Einzahlung nur noch geringe Bruchteile des Wertes

darstellten, der ziffermäßig in Papiermark berechnet, einen Gewinn, also bei Umrechnung in Goldmark erhebliche Verluste ergab. Das Werk sei aber gesund und in organisatorischer wie technischer Beziehung sei man gut vorbereitet. Der Reingewinn von Mill.-M. 74 773 (91 Mill. wird zurückgestellt. (250 Prozent.)

A.G. für Zigarrenfabrikation Mannheim. Der Reingewinn von 6,17 Millionen Mark wird auf neue Rechnung vorgetragen. Obwohl die Absatzverhältnisse durch die Marktentwertung befriedigend und dadurch die Beschäftigung der Angestellten und Arbeiter genügend war, kommt dem ausgewiesenen Reingewinn keine wesentliche Bedeutung zu.

Geschäftsaufsicht und Kontroversverfahren. Ueber die Firma Edelbranntwein A.-G. in Karlsruhe wurde auf deren Antrag die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses angeordnet. - Ueber das Vermögen der Sandalen- und Sportfabrik A.-G. Karlsruhe wurde das Konkursverfahren eröffnet. Anmeldefrist: 31. Juli. Prüfungstermin: Samstag, den 16. August, vor dem Badischen Amtsgericht A V Karlsruhe.

Märkte.

Berliner Metallmarkt vom 26. Juni. Elektrolieferung 118.25, Raffinabefugter 1-1.02, Originalhüttenweiße 0.55-0.57, Originalhüttenrohblech 0.54-0.55, Remetted-Plattentafel 0.47 bis 0.48, Banca-Zinn 4-4.10, Dänisches 3.90-4, Reinmetall 2.25-2.35, Antimon-Regulus 0.68 bis 0.70, Silber-Barren 88-89.

Baumwolle. Bremen, 26. Juni. Schlußkurs: Amerikanische Baumwolle fully good middling Colour 28 mm Staple loco 39.90 Dollarcentis per Kilo.

Aus den Hopfenangeboten. In fast allen Anbaugebieten weist das Wachstum der Hopfenpflanze einen äußerst kräftigen, gesunden und befriedigenden Stand auf. Im allgemeinen ist der Stand der Pflanze gegenüber sonstiger Jahre etwas voraus. Unter Angelegter haben die Pflanze nur wenig zu leiden gehabt.

Magdeburger Zuckermotoren vom 26. Juni. 10 Tage 17 1/2-19 1/2; 4 Wochen 18 1/2.

Mannheimer Kleinviehmarkt vom 26. Juni. Dem heutigen Markte waren anzuhaben: 75 Kälber, 92 Schweine, 583 Ferkel und Läufer. Beachtet wurden für Kälber 48-65, für Schweine 42-55 Gm. für die 100 Kilo Lebendgewicht. Für Ferkel und Läufer 6-25 Gm. per Stück. Marktverlauf: Mit Kälbern mittelmäßig ausverkauft; mit Ferkeln und Läufern langsam, nicht ausverkauft.

Nach Sachverl. verzinsliche Schuldverschreibungen.

Table with columns for stock exchange (Frankfurter Börse) and interest-bearing debt securities. Includes items like Badenwerk Kohlenw.-Anl. v. 1923, Hess. Braunkohle-Rogg.-Anl., etc.

Frankfurter Kursbericht. Die Kurse verstehen sich in Billionen Prozent. Table with columns for Deutsche Staatspapiere, Fremde Werte, and Industriellen.

Table with columns for Industriellen, Banken, and Fremde Werte. Includes entries like Bad. Anilin, Adler Oppenh., etc.

Table with columns for Industriellen, Banken, and Fremde Werte. Includes entries like Harkort Bgw., Bark. Brück., etc.

Table with columns for Industriellen, Banken, and Fremde Werte. Includes entries like Maschf. Durisch, Maschf. Gröden, etc.

Berliner Kursbericht. Die Kurse verstehen sich in Billionen Prozent. Table with columns for Deutsche Staatspapiere, Wertbest. Anleihen, and Eisenbahn-Aktien.

Table with columns for Industriellen, Banken, and Fremde Werte. Includes entries like Bielef. mech. Wb, Bing Nitraberg, etc.

Table with columns for Industriellen, Banken, and Fremde Werte. Includes entries like Harkort Bgw., Bark. Brück., etc.

Table with columns for Industriellen, Banken, and Fremde Werte. Includes entries like Pintsch, Piltner Werks., etc.

DARMSTADTER UND NATIONALBANK KOMMANDITGESELLSCHAFT AUF AKTIEN. FILIALE KARLSRUHE (BADEN). Kauf und Verkauf von Obligationen, Aktien und ausländischen Geldsorten.

Großer Abschlag
Wein! Wein!

Rappoltzweiler
Liter Mt. 1.10

Oberhaardter
Liter Mt. 0.80

Rouffilon
Liter Mt. 1.40
einschl. Steuer!

Ich bitte meine verehrl. Kundschaft
um prompte Rückgabe der leeren
Flaschen.

Bucherer
in sämtl. Filialen.

2 billige Angebote

in **Seidenflorstrümpfen — Herren-Oberhemden**

125 farbig	175 schwarz u. farbig	220 schwarz u. bunt	Oberhemden mit Kragen, gestreift und gemustert 4⁹⁵	
250 schw. u. feinfarb.	275 eleg. Farben	290 fein. Sommerfarb		Oberhemden mit 2 Kragen und Faltenbrust, moderne Percalstreifen 5⁹⁵
325 banan- u. hautfarb	350 schwerster Flor	390 m. Laufmaschen		Oberhemden, mit 1 weichen und 1 steifen Kragen, gefütterter Faltenbrust, nur modern gestreifte Sachen 7⁹⁵
Mengen-Abgabe vorbehalten			Oberhemden, mit 1 weichen und 1 steifen Kragen, gutes Bielefelder Fabrikat 8⁹⁵	
			Oberhemden, prima Zefir-Qualität mit 1 steifem und 1 weichem Kragen, erstkl. Verarbeitung 9⁸⁰	
			Seidene Hemden mit 2 Kragen elegante Streifen (Wachseide) 18⁵⁰	

Nur solange Vorrat

KNOPF

Branntwein-Abschlag.

in Schwarzw.-Kirschwasser, 50% Ltr. 4.20
in Zwetschgenwasser, 50% Ltr. 3.20
in Ansetz-Branntwein, 50% Ltr. 2.10

Hoferer, Lebensmittelgeschäft
Karlsruhe 29.

BERUFS-KLEIDUNG
ALLER ART

Herren-Anzüge
Sport-Anzüge
Windjaden
Bojener Mäntel
Bretches-Hosen
feldgraue Hosen
Sonntags-Hosen
Mandfester-Hosen
engl. Leder-Hosen
Zwirn-Hosen
Lodenjoppen

blane Arbeitsanzüge
graue Drillschänzige
Gipseranzüge
Fuhrmannsblusen
Kochjaden
Wesgerjaden
Lagermäntel
Laboratoriumsmäntel
Malerkutteln
Sechermäntel
Eisenbahnerkutteln

sowie sämtliche Sorten Schuhwaren
offertiert billigt

Weintraub, Kronenstr. 52. Tel. 3747.

Stadt. Konzerthaus Karlsruhe
Gesamtgastspiel des Neuen Operntentheaters Bonn
Direktion Adalbert Steffter

Sonntag, den 29. Juni 1924,
abends 7¹⁵ Uhr

Eröffnungs-Vorstellung
Gastspiel des Operntenenors Edgar Wiesendanger,
von der Komischen Oper Berlin

Neuheit! Zum erstenmale!
„Die Spitzenkönigin“

Operette in 3 Akten von Walter W. Götzte
In Szene gesetzt von Direktor Adalbert Steffter
Musikalische Leitung: Kapellmeister Eugen Mühl

Hauptdarsteller: Anny Kunze, Edith Steffter, Gerda Sprengel, Fritz Geizer, Fritz Steidl, Walter Strauber und Edgar Wiesendanger a. G.

Motorsportklub Karlsruhe
A.D.A.C.

Jeden Freitag abend
Stammtisch
Tergarten-Restaurant
11 Stock

53. Offenburger Geld-Lotterie
Gesamt-Gewinne **12 000** Haupt-Gewinn ev. **6 000**

Losbriefe mit sofortiger Gewinn-Auszahlung

Lospreis je 1 G.-M. Porto u. Liste 25 Pfg. extra. Zu haben bei Lotterie-Unternehmer
J. Stürmer, Mannheim, O 7, 11, und allen Lotterie-Geschäften
Postcheckkonto 17043 Karlsruhe.

„Zähringer Hof“
Fasanenplatz
Gute Weine. H. Prinz-Schremp-Biere.

Eigene Schlachtung,
Jeden Freitag prima Leber- und Griebenurst.
Samstags von 5 Uhr ab Knöchle und Ripple
K. r. Bommer.

„Zum Rheingold“
Waldhornstrasse 2.

Gut bürgerl. Speise-Restaurant
Anerkannt vorzügliche Weine
Gute Küche. Schremp-Bier.

STADTGARTEN
Samstag, den 28. Juni, abends von 8-10¹⁵ Uhr

Konzert der Harmoniekapelle

Linoleum!
Grobe Auswahl. Billige Preise

Fritz Mertel, Kreuzstraße 25
Berlebearbeit wird über nommen

Wanzen vernichtet radikal
Necodant
Motten, Schwaben,
Mäuse, usw. die abigen Nicoparapente,
erhältlich in Drogerien und Apotheken.

Kurhaus Pläting
im nördl. Schwarzwald, 800 m ü. d. M. Aerztlich
empfohl. klim. Hühnerluftkurort. Auto-Verbindung
mit Baden-Baden und Bühl i. B. Beste Verpflegung.
Ausl. Prosp. kostenlos.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß unsere innigstgeliebte Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, meine unersetzlich teure, heldenmütige Partnerin

Fr. Wilhelmine Dörflinger
gen. **Mia Schindler**

am Sonntag, den 22. Juni 1924, abends 6,58 Uhr, im 28. Lebensjahr, bei ihrem 28. Fallschirm-Absprung auf dem Flugfelde Leipzig-Mokau anlässlich eines Flug-Wettbewerbs der Leipziger Flughafen-Aktiengesellschaft, in Ausübung ihres schweren Berufs tödlich verunglückte.

Karlsruhe, den 26. Juni 1924.

In tiefster Trauer:
Wilhelm Dörflinger.
Adolf Schulz und Frau Hedwig, geb. Dörflinger.
Robert Herb und Frau Emmy, geb. Dörflinger.
Ottlie Schindler, geb. Dörflinger
und Kinder **Fritz** und **Erich.**
Lina und **Erna Dörflinger.**
Fritz Schindler.

Wer sie gekannt — vergißt sie nie!

Trauerhaus: Körnerstraße 18.
Die Beisetzung findet Samstag, den 28. Juni, mittags 12 Uhr, von der Friedhofskapelle aus statt.
Von Kranzspenden wolle man im Sinne der Verstorbenen absehen.

Reste
betar an
Gläser Heite-Geschäft
Sittlerstr. 10, III.
kein Laden.

Bechstein Blüthner Grotrian-Steinweg
alleinige Vertretung
Ludwig Schweisgut
4 Erbprinzenstraße 4.

Jrael. Gemeinde.
Gauptanngoge:
Annenitzsche
Freitag, 27. Juni:
Sabbatansang 7.00 Uhr.
Samstag, 28. Juni (Reu-
mondsmesse):
Morgen Gottesd. 8.30 U.
Barmherziger 9.30 U.
Jugendgottesdienst 3 U.
Sabbat-Ausgang 9.30 U.
Vertraus:
Morgen Gottesd. 6.45 U.
Abendgottesd. 7.00 Uhr.

Jraelitische Religions-Gesellschaft
Freitag 27. Juni:
Sabbatansang 7.45 U.
Samstag, 28. Juni:
Morgen Gottesd. 7.30 U.
Schülergottesd. 2.30 U.
Nachm.-Gottesd. 5.00 U.
Sabbatansang 9.35 U.
Vertraus:
Morgen Gottesd. 6.15 U.
Nachm.-Gottesd. 7.30 U.

Trauerbriefe liefert in kürzester Frist und tadelloser Ausführung die Tagblatt-Druckerei, Ritterstraße 1, Fernsprecher 297.

Nicht
1 Paket Seifenpulver, sondern 1 Paket Dixin

müssen Sie verlangen, dann haben Sie die Sicherheit, ein wirklich hochwertiges Erzeugnis zu erhalten! **DIXIN** ist ein preiswertes Seifenpulver von ausgezeichnetem Walchwirkung und für jeden Walchzweck geeignet